

# Erzähler vom Westerwald

## Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage  
Zehnjähriges Sonntagsblatt.

Ausschrift für Drahtnachrichten:  
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für  
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.

Druck und Verlag der Buchdruckerei  
Th. Kirchhölzl in Hachenburg.

Nr. 105

Bezugspreis: vierteljährlich 2 40 M.,  
monatlich 80 Pfg. mit Frangierlohn; durch die  
Post 2,25 M. bezw. 75 Pfg. ohne Bestellgeld.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen wegfallen.

Hachenburg, Sonntag, den 5. Mai 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):  
die sechsseitige Beilage oder deren  
Raum 20 Pfg., die Reklamazeile 60 Pfg.

10. Jahrg.

## Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

5. Mai. An der Westfront lebhafter Artilleriekampf und  
Teilmanngriffe. — Deutsche Truppen marschieren in das  
Gebiet ein. Taganrog wird besetzt.

### Nach der Ablehnung.

Die Parteipresse zur Ablehnung des gleichen  
Wahlrechts in Preußen sagt.

Dass sich eine Mehrheit gegen den Vorschlag der  
Einführung des gleichen Wahlrechts im  
Abgeordnetenhaus finden würde, hatte man  
schon vorausgesehen, auch in den Kreisen der Anhänger  
des Wahlrechts. Aber dass die ablehnende Mehrheit so  
ausfällt, wie es sich tatsächlich beim Namensaufzähl-  
verfahren zeigte, rief doch große Überraschung nach. Dies  
schien bei den Auslassungen in der Partei-  
presse unverkennbar. Die entschiedenen Verfechter des  
gleichen Wahlrechts und seiner Einrichtungen, die wohl  
eine in möglichen Grenzen sich haltende Reform,  
aber für eine grundumwälzende Neuordnung  
des gesamten staatlichen Aufbaues sind, äußern ihre Zu-  
versicht, wenn auch durchweg mit Zurückhaltung und  
der Warnung, vor kommenden weiteren Anschlägen  
der Gut zu sein. So will die Deutsche Tages-  
zeitung den Erfolg ihrer politischen Freunde tat-  
sächlich überhöhen oder durch ihn sich gar in Sicherheit  
bringen lassen. Der Tag der zweiten Sitzung im Ab-  
geordnetenhaus bedeutet nach ihr in keiner Weise eine  
Ablehnung, sondern nur eine Etappe. Die Kreuz-  
zeitung stellt fest, die Rechenrempel der Regierung und  
Opposition seien aufeinander geworden, der gesunde  
Sinn und das Verantwortungsbewusstsein hätten ob-  
gezwungen. Einmalige Vermittlungsvorschläge und die viel-  
fachen „Sicherungen“ könnten nun in Ruhe abgewartet  
werden. Die Regierung habe nun das nächste Wort.

Links und Ganglinks erklingen andere Töne. Das  
Hachenburger Tageblatt findet, ein ernstes Interesse an  
weiterer Beratung könne für die Parteien der Linken  
nicht mehr bestehen. Im preussischen und im deutschen  
Land werde man nichts anderes empfinden als grenzen-  
lose Enttäuschung und tiefgehende Entrüstung. Die Haupt-  
sache der Linken sei nunmehr, sich den unver-  
meidlichen kommenden Wahlen zu widmen. Die Frank-  
furter Zeitung schöpft Trost aus der großen Zahl  
Wähler für das gleiche Wahlrecht in der preussischen  
Landtag. Hinter dieser starken Widerheit stehe aber die  
Tatsache der Wählerkraft, deshalb müsse die in ihrer  
Macht durch die Ablehnung schwer bedrohte Regierung  
nachhaken, ohne Ausweichen, den Landtag auflösen,  
um dieses äußerste Mittel zur Durchsetzung ihrer Pläne  
in Anspruch zu nehmen. Schwere Verantwortung steht der  
Regierung auf der Regierung lasten. Sie brauche unter  
Stürmen der Zeitgeist die gute Stimmung des Volkes,  
die sei aber auf das Schwerste durch den Beschluss im  
Abgeordnetenhaus gefährdet.

Die vorgelegten Sicherungen.  
Die vom Zentrum angekündigten Anträge betreffend  
Sicherungen gegen radikale Folgen des gleichen Wahl-  
rechts im wesentlichen die dauernde Festlegung  
des konfessionellen Charakters der Volksschule,  
die Abgrenzung der Wahlkreise, die in jeder Kammer mit  
einer Stimmenmehrheit von zwei Dritteln beschlossen  
werden soll und endlich dass jede Verfassungsänderung nur  
mit einer Stimmenmehrheit von zwei Dritteln beschlossen  
werden kann.

Die vorgelegten Sicherungen.  
Die vom Zentrum angekündigten Anträge betreffend  
Sicherungen gegen radikale Folgen des gleichen Wahl-  
rechts im wesentlichen die dauernde Festlegung  
des konfessionellen Charakters der Volksschule,  
die Abgrenzung der Wahlkreise, die in jeder Kammer mit  
einer Stimmenmehrheit von zwei Dritteln beschlossen  
werden soll und endlich dass jede Verfassungsänderung nur  
mit einer Stimmenmehrheit von zwei Dritteln beschlossen  
werden kann.

### Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Sicherung der Luxussteuer wird durch eine  
Verordnung bezweckt, die am 5. Mai in Kraft  
trat. Die Verordnung trifft Vorkehrungen, dass die nach ihrem

Zufahrttreten getätigten Lieferungen in Luxusgegenständen  
der Steuer nicht entgehen, und dass andererseits die Ge-  
schäftswelt in der Lage ist, mit dieser Steuerpflicht zu  
rechnen und entsprechend ihre Preise einzustellen. Der  
Kaufmann, der also Luxusgegenstände im Kleinhandel,  
d. h. also nicht zum Zwecke der Weiterveräußerung, ver-  
treibt, hat eine Rücklage in der Höhe der geplanten Steuer,  
also von 20 % bei Edelmetall, Edelstein- und Juwelier-  
waren und von 10 % der vereinnahmten Entgelte bei den  
übrigen Gegenständen zu machen und sie für die spätere  
Versteuerung bereitzustellen. Außerdem hat er ein Buch zu  
führen, in das er bei jeder Lieferung den Gegenstand nach  
der handelsüblichen Bezeichnung, den Tag der Lieferung,  
den Betrag der Zahlung und den zurückgelegten Betrag  
eintragen muss.

Die Berliner Botschaft der Russischen sozialistischen  
föderativen Republik gibt folgende Mitteilung des Vor-  
sitzers des Komitees für alle kriegsgefangenen russischen  
Bürger bekannt. Im Namen der russischen sozialistischen  
föderativen Sowjet-Republik bringe ich allen kriegs-  
und zivilgefangenen russischen Bürgern hiermit zur Kenntnis,  
dass auf Grund der Ratifikation des Friedensvertrages  
zwischen Russland und Deutschland der Schutz der Inter-  
essen der sich in Deutschland aufhaltenden russischen Bürger  
am 1. Mai d. J. von der spanischen Botschaft auf die  
russische Botschaft übergegangen ist. Die Botschaft der  
russischen Republik trifft alle Maßnahmen, um die Rück-  
kehr der Kriegs- und Zivilgefangenen in die Heimat zu  
beschleunigen und ihre Lage zu erleichtern.

Im Hauptauftrag des Reichstages führte Unter-  
staatssekretär Schäfer bei der Beratung der Umsatzsteuer  
aus, es würde sich nicht empfehlen, auch die Unselbst-  
ständigen der Umsatzsteuer zu unterwerfen, wie vielfach  
gewünscht werde. Die Festbeträgen werden bei der Ein-  
kommensteuer ohnehin schärfer herangezogen, weil man  
ihnen das Einkommen genau nachrechnen kann. Würde  
man dieses Einkommen auch noch der Umsatzsteuer unter-  
werfen, so würde das die größten politischen und prak-  
tischen Bedenken haben. Gewiss bedenken sich bei den freien  
Berufen unter Umständen Umsatz und Einkommen, aber  
einmal nicht in allen Fällen, und sodann würde die Heran-  
ziehung der freien Berufe aus den verschiedensten Gründen  
nicht den gleichen Bedenken unterliegen, wie die Besteue-  
rung der Unselbstständigen, weshalb zwischen der Aufnahme  
der freien Berufe in die Vorlage durch die Regierung und  
der Zurückweisung der Einbeziehung der Unselbstständigen  
kein Widerspruch besteht.

In seiner Vollversammlung hat sich der deutsche  
Landtag gegen die Errichtung von Arbeiter- und  
Kaufmannskammern ausgesprochen, da weder ein Be-  
dürfnis für solche Kammern als vorliegend anzunehmen noch  
die Errichtung des beabsichtigten Zwecks der Förderung  
des sozialen Friedens zu erwarten sei. Sollte der vor-  
liegende Gesetzentwurf gleichwohl Annahme finden, so  
müsste jedenfalls für die Abgrenzung ihrer Zuständigkeit  
Sorge getragen werden.

Nach dem Gang unserer Lebensmittelversorgung ist  
ein Durchhalten im allgemeinen gesichert. So erklärte  
Ministerialdirektor v. Brand im Bayerischen Landtag. Die  
Brotgetreideversorgung ist durch die Zufuhren aus der  
Ukraine noch nicht zu übersehen. Sollte eine Kürzung der  
Verzehrung für die Verbraucher noch nötig werden, so  
würde sie an den Schluss des Wirtschaftsjahres verlegt,  
wo Frühkartoffeln und Gemüse kommen. Die weitere  
Kartoffelversorgung wird keine Schwierigkeiten machen.  
Wegen der Heeresversorgung wird zur Erhaltung unseres  
Viehbestandes eine wesentliche Verabschärfung der Fleisch-  
ration nötig sein.

### Ungarn.

Über die Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der  
Ordnung in der Ukraine wird in Wiener maßgebenden  
Kreisen noch mitgeteilt, dass die österreichisch-ungarische  
Regierung dieselben Ziele im Auge hat wie die deutsche  
Regierung. Es dürfen dort nicht Wucherschaften aus-  
gelassen werden, durch die die Ernährung unserer Ziele und  
Erfüllung unserer großen Aufgaben gefährdet werden  
können. Es müssen alle Vorkehrungen durch Maßnahmen  
polizeilicher Natur getroffen werden, damit die Ordnung  
aufrechterhalten bleibt. Es ist übrigens festzustellen, dass  
die Bevölkerung der Ukraine die Maßnahmen des Armees-  
oberkommandos mit größter Ruhe aufgenommen hat.

### Schweden.

Eigenartige Enthüllungen über journalistische Um-  
triebe der Westmächte in Skandinavien veröffentlichten  
Stockholmer Blätter. Danach will der Verband in Stock-  
holm ein eigenes telegraphisches Nachrichtenbureau gründen,  
das ausschließlich die öffentliche Meinung in den nördlichen  
Staaten beeinflussen soll. Die schwedische Presse, die sich  
in ihrer Unabhängigkeit bedroht sieht, erhebt einmütig  
gegen den Plan Protest, indem sie auf die unheilvollen  
Früchte verweist, die ein ähnliches Vorgehen der Entente  
in Rumänien getragen hat.

### Rumänien.

Die verbandstrenge Haltung des rumänischen  
Königs war einst in einem Artikel der Londoner

Times gerühmt. Als Bervollmächtigter der Londoner  
Berichte kann die Tatsache dienen, dass Königin Marie  
den Chef der französischen Militärmission General  
Verhelos bei seiner Abreise aus Jassy auf die Stirn  
küßte. Dieser Vorgang lässt sich nicht ablegen, ebenso-  
wenig, dass die Verbandsgeandtschaften gar nicht daran  
denken, aus Jassy abzureisen. Sie betreiben ihre  
Bühlerien im ganzen Lande weiter. Man darf gespannt  
sein, wie sich die Dinge gestalten, wenn der Friedens-  
vertrag in Bukarest unterzeichnet ist.

### Aus In- und Ausland.

Berlin, 3. Mai. Der Bundesrat hat den Entwurf einer  
Verordnung über die Unpässlichkeit von Kriegsgefangenen und  
Teuerungszulagen angenommen.

Berlin, 3. Mai. Die der Deutschen Staats-Handwerker-  
und Arbeiter-Gemeinschaft angeschlossenen Verbände der  
Eisenbahn- und Militärbetriebe haben in einer gemein-  
samen Versammlung beschlossen, sich an die Vorstände der  
Reichstagsfraktionen zu wenden, um die restlose Gleichstellung  
aller Staatsarbeiter in das Arbeitskammergesetz zu erwirken.

Berlin, 3. Mai. Der Kaiser hat zur Verbreitung unter  
den aus Feindesland vertriebenen Reichsdeutschen sein  
Bild mit einem Geleitwort zur Verfügung gestellt.

Berlin, 3. Mai. Reichstagsabgeordneter Rühle, der aus  
der sozialdemokratischen Fraktion ausgeschieden und wild  
geblieben ist, der einzige Linksradikale und Anhänger Liebk-  
nechts im Reichstage, hat seiner Wahlkreisorganisation Birna  
mitgeteilt, dass er ihr nicht mehr zur Verfügung stehe, da er  
sich in Zukunft um das politische Leben nicht mehr kümmern  
wolle.

Bückeburg, 3. Mai. Fürstin-Mutter Marie Anna zu  
Schaumburg-Lippe ist heute vormittag an Herzschwäche  
sanft entschlafen.

München, 3. Mai. In der Bayerischen Abgeordneten-  
kammer erklärte ein Regierungsvertreter, dass der bayerische  
Kulturminister seinen Entschluß zur Überwachung von Friedens-  
bestrebungen herausgegeben habe und dass er auch von  
seiner Berliner Stelle etwa hierzu angehalten werden sei.

Naug, 3. Mai. Das Korrespondenz-Büro teilt nach An-  
frage beim Ministerium des Auswärtigen mit, dass über den Stand  
der Verhandlungen zwischen der niederländischen Regierung  
und der deutschen nichts mitgeteilt werden kann, als dass die  
Verhandlungen noch im Gange sind.

Budapest, 3. Mai. Der frühere Ministerpräsident Dr.  
Wekerle hat heute im Auftrage des Monarchen die Kabinetts-  
bildung begonnen.

### Deutscher Reichstag.

(157. Sitzung.) Berlin, 3. Mai.  
Am Regierungstisch wohnte der Staatssekretär des Reichs-  
wirtschaftsamt Freiherr vom Stein den Verhandlungen bei.  
Auf der Tagesordnung stehen

#### Kleine Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Graefe (kons.) über die  
brutale Behandlung deutscher Kriegsgefangener in Rumänien  
erklärt der Vertreter des Auswärtigen Amtes eine Reihe von  
Fällen sei tatsächlich einwandfrei bewiesen. Die rumänischen  
Lagerkommandanten, die daran schuld und zum Teil in unsere  
Hände gefallen seien, würden nach Maßgabe des Gesetzes be-  
straft werden. Wegen der bewiesenen Fälle werde von der  
rumänischen Regierung Entschuldigung und sofortiges Ein-  
schießen verlangt werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Herzfeld (l. Soz.) wegen  
eines in Stettin verbreiteten Berichtes über die Reichstags-  
sitzung vom 20. Juli v. J. erklärt der Vertreter des Kriegs-  
ministeriums, dass diese Drucksache bereits im Oktober v. J. frei-  
gegeben worden sei. — Andere Anfragen betreffen die Frei-  
gabe von Futtermittel für Landwirte, Verbot der Leipziger  
Volkszeitung durch das Garnisonkommando, die Ausbreitung  
der Mäde unter den Vertriebenen und die Verwendung  
von Dum-Dumgeschossen durch unsere Feinde.

Die zweite Beratung des Haushaltsplanes des Reichs-  
wirtschaftsamtes wird fortgesetzt.

Abg. v. Schulze-Gävernitz (Sp.) erkennt auch die guten  
Seiten der Zwangsorganisationen an, die freie Wirtschaft  
allein führt zur Bergewaltigung der Schwächeren durch  
die Stärkeren, zur Ausbeutung von Frauen und  
Kindern. Redner spricht ferner über die Notwendigkeit  
der Fortsetzung unserer Kolonialpolitik und den Ausbau  
unseres Kolonialbesitzes, der notwendig sei, um nach dem  
Kriege die Rohstoffe herbeizuführen.

Abg. Nieker (natl.): Die Übergangswirtschaft kann nicht  
früh genug überlegt und in Angriff genommen werden.  
Redner bespricht die Schattenseiten der Zwangsorganisation  
die in der Textilverwaltung u. a. zur Niederdrückung der  
lebendigen Kräfte geführt habe.

Dr. Wildgrube (kons.): Wie steht es mit dem Schutz der  
deutschen Forderungen in Ausland? Auch für die deutsche  
Eisenindustrie ist großer Schutz notwendig. Das wird aber  
nicht möglich sein ohne die Erbeden von Brien und Longwa.  
(Große Unruhe links. Vizepräsident Dove bittet den Redner,  
bei der Sache zu bleiben.) Unsere eigenen Eisenwerke sind in  
60 oder 80 Jahren zu Ende. Die Kriegswirtschaftsstelle für  
das deutsche Zeitungsgewerbe bevorzugt noch heute einseitig  
die Berliner Großverleger zum Schaden der Provinzpresse;  
vor allen Dingen aber bleibt das kulturell viel wichtigere  
Buchgewerbe benachteiligt.

Staatssekretär v. Stein: Alle Redner waren sich  
darüber einig, dass der Aufgabenkreis des neuen Amtes ein  
ganz ungewöhnlich großer werde, dass seine Bedeutung, je  
mehr wir uns dem Ende des Krieges nähern, beinahe ins  
Ungemessene wächst. Die Fragen der Übergangswirtschaft, die  
schon heute so ausführlich behandelt worden sind, kann ich  
nur streifen. Ich will die Übergangswirtschaft so führen, dass

